

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 53000 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 88/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Peter Corterier MdB,  
Staatsminister im Aus-  
wärtigen Amt, beschreibt  
die deutsch-amerikani-  
sche Freundschaft als  
Fundament der Außenpoli-  
tik: Einzig in der Ge-  
schichte zweier Völker.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB  
fordert Verhandlungen  
über Kurzstreckensysteme:  
Die USA dürfen sich nicht  
abkoppeln.

Seite 3

Wolfgang Clement sieht  
wachsenden Unmut in der  
CDU: Helmut Kohls Füh-  
rungsschwäche schmerzt.

Seite 4

Günter Samtlebe gratu-  
liert Theo Burauen: Über-  
zeugendes soziales Enga-  
gement.

Seite 5

Oskar Lafontain würdigt  
Kurt Conrad: Sozialdemo-  
krat der ersten Stunde.

Seite 6

### Dokumentation

Klaus von Dohnanyi zur  
Eröffnung des Dokumenten-  
hauses in Neuengamme:  
Ein Ort der Mahnung und  
der Hoffnung.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 199

19. Oktober 1981

Einzig in der Geschichte zweier Völker

Die deutsch-amerikanische Freundschaft - Fundament  
unserer Außenpolitik

Von Dr. Peter Corterier MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Vor 30 Jahren, am 19. Oktober 1951, wurde der Kriegszu-  
stand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten  
von Amerika durch einen gemeinsamen Beschluß beider Häuser  
des amerikanischen Kongresses förmlich beendet. Ein wichti-  
ges Datum in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Be-  
ziehungen. Trotzdem ist es verständlich, daß uns andere  
Daten eher einfallen, wenn wir an die früheren Jahre der  
deutsch-amerikanischen Partnerschaft nach dem II. Welt-  
krieg denken. Der Krieg war schließlich mehr als sechs  
Jahre zuvor durch Kapitulation des Deutschen Reiches zu  
Ende gegangen. Zum 31. Dezember 1946 hatte der amerikani-  
sche Präsident die Einstellung der Feindseligkeiten zwis-  
schen Deutschen und Amerikanern proklamiert. Auch waren  
wir an jenem 19. Oktober 1951 nur passiv beteiligt. Daß  
der Kriegszustand durch eine einseitige Maßnahme der USA  
beendet wurde, kennzeichnet übrigens die rechtlichen und  
faktischen Gegebenheiten, die damals das deutsch-amerika-  
nische Verhältnis formal bestimmten.

Wichtiger ist, daß sich parallel zu der formalen Neuordnung  
der Beziehungen zwischen den USA und uns eine deutsch-ame-



rikanische Partnerschaft zu entwickeln begann, die an gemeinsamen überkommenen Grundwerten anknüpfte und sich an gemeinsamen Interessen orientierte. Ich erinnere an so wichtige Etappen dieser Entwicklung wie die Stuttgarter Rede des damaligen Außenministers Byrns vom 6. September 1946, in der dem deutschen Volk zum ersten Mal wieder die Möglichkeit aufgezeigt wurde, den Weg in die Völkerfamilie zurück zu finden; oder ich denke an die Marshall-Hilfe, die 1947 angekündigt wurde und mit der die Vereinigten Staaten Europa einen großzügigen Anstoß zum Wiederaufbau gaben.

Wir Deutschen werden nicht vergessen, daß es damals keineswegs selbstverständlich war, uns, in deren Namen so viel Leid über die Welt gebracht worden war, wieder einen geachteten Platz in der Gemeinschaft freier Völker zuzubilligen. Die Bundesrepublik Deutschland hat damals die Hilfe dankbar angenommen und ist 1955 schließlich gleichberechtigtes Mitglied der Nordatlantischen Allianz geworden, die sich die Verteidigung der Freiheit und des gemeinsamen Erbes und der Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Personen und der Herrschaft beruht, zum Ziel gesetzt hat.

Heute, 30 Jahre nach der formellen Beendigung des Kriegszustandes, blicken wir mit den USA auf einen langen gemeinsam zurückgelegten Weg zurück. Das deutsch-amerikanische Verhältnis hat in dieser Zeit manche Herausforderung bestanden und hat sich zu einer freundschaftlichen Partnerschaft entwickelt, die wohl einzig ist in der Geschichte zweier Völker. Mag das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland als Partner der USA in diesen drei Jahrzehnten zugenommen haben, mehr denn je bilden wir mit den USA zusammen eine Schicksalsgemeinschaft, die gemeinsame Grundwerte und gleiche Interessen vereint. Das ist der Grund, warum auch in den achtziger Jahren die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den Parteien des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung fest zum Nordatlantischen Bündnis steht. Die Zugehörigkeit zum Bündnis und die in drei Jahrzehnten bewährte deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft sind ein Fundament unserer Außenpolitik und dies wird auch in Zukunft so bleiben.

(-/19.10.1981/hi/ca)



Die USA dürfen sich nicht abkoppeln

Auch Verhandlungen über Kurzstreckensysteme müssen beginnen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Vielen Amerikanern ist die Angst der Europäer vor einem auf Europa begrenzten Nuklearkrieg unverständlich. Führende Amerikaner - wie Henry Kissinger mit seiner noch immer nachwirkenden Brüsseler Rede und jetzt auch US-Präsident Ronald Reagan - tragen mit Äußerungen über die Möglichkeit eines begrenzten Schlagabtausches mit taktischen Atomwaffen dazu bei, diese Angst weiter zu schüren.

Historisch sind diese Ängste auch nicht unbegründet:

Tatsächlich ist ja der bisher einzige Einsatz von Atomwaffen gegen Hiroshima und Nagasaki - so verheerend die Folgen auch gewesen sind - im militärisch-strategischen Sinne regional und örtlich begrenzt geblieben.

Seit Hiroshima und Nagasaki hat die Erinnerung an die verheerenden Folgen dieses "begrenzten" Einsatzes von Atomwaffen bisher verhindern können, daß trotz der Kriege in Korea und Vietnam jemals wieder Atomwaffen eingesetzt wurden. Das Risiko, daß auch ein regional begrenzter Einsatz von Nuklearwaffen zum weltweiten Holocaust eskalieren könne und die Tatsache, daß die in beiden deutschen Staaten stationierten Truppen der Supermächte mit zu den ersten Opfern eines Krieges in Zentraleuropa gehören würden, ist von uns Europäern immer als Schutz vor strategischen Sandkastenspielen der Supermächte zu Lasten unserer Überlebenschancen empfunden worden.

Die Diskussion über die Mittelstreckenwaffen ist von Helmut Schmidt nicht zuletzt mit der Absicht begonnen worden, die USA sicherheitspolitisch wieder stärker mit dem Risiko der Europäer zu verkoppeln. Die stärkere Verkopplung der USA mit dem Risiko der Europäer soll nach Auffassung von uns Sozialdemokraten so weit wie möglich als Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen und nur so weit wie unabweisbar - wobei wir uns nach wie vor für eine Nulloption einsetzen - durch die Stationierung neuer Waffensysteme verwirklicht werden.

Ob der Doppelbeschuß der NATO ein geeigneter Weg ist, die USA wieder stärker mit dem Risiko der Europäer zu verkoppeln, darüber wird in der Friedensbewegung und auch in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gestritten. Nicht strittig aber sollte sein, daß die am 30. November in Genf beginnenden Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen eine wichtige Voraussetzung für hoffentlich bald folgende Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen und nukleare Gefechtsfeldwaffen sind. Hier vollzieht sich in Ost und West zur Zeit weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ein Prozeß, - der schamhaft als Modernisierung umschrieben - eine weitere Etappe im Rüstungswettlauf zwischen Ost und West markiert.

Soweit Risiken sich aus der Waffentechnologie selber ableiten lassen - das ist allerdings nur sehr begrenzt der Fall - ist das Risiko des regional begrenzten Einsatzes von atomaren Waffen um so größer, je begrenzter ihre Reichweite und Wirkung ist. Aus diesem Grunde liegt es im Interesse der Europäer und insbesondere der Deutschen,

1. neben den nun beginnenden Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen auch den alsbaldigen Beginn von Verhandlungen, die sich auch auf Kurzstreckensysteme und nukleare Gefechtsfeldwaffen erstrecken, zu fordern;
2. sicherheitspolitisch, das heißt rüstungskontrollpolitisch und auch militärpolitisch im Interesse der Europäer Maßnahmen zu unterstützen, die das europäische Kriegsrisiko mit dem der USA verkoppeln und jeder Tendenz zur regionalen Begrenzung des Kriegsrisikos auf Europa entgegen zu wirken.

(-/19.10.1981/ks/ca)

+ + +



Wachsende Unmut in der CDU

Helmut Kohls Führungsschwäche schmerzt die Union

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der "Deutschlandtag" der Jungen Union hat eine Menge an Unmut zutage befördert, der sich im Laufe der vergangenen Monate in der CDU gegen Oppositionsführer Helmut Kohl angesammelt hat. Insbesondere Generalsekretär Heiner Geißler wußte das Forum des ansonsten kreuzbraven CDU-Nachwuchses zu einer ausgeprägten Selbstdarstellung zu nutzen, die seinen Dauerkonflikt mit dem Parteivorsitzenden mit Händen greifbar werden ließ.

Die Kritik an Kohl entzündet sich aktuell an dessen ignorantem "Volksfront"-Vorwurf gegen SPD und Friedensdemonstranten sowie an seiner undifferenzierten Sicht der politisch engagierten Jugend. Daß Kohl seine platten Holzhammer-Klischees von der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik auch noch nach Amerika mitnahm, hat nicht nur die Union entsetzt.

Man fragt sich beispielsweise, was der Oppositionsführer getan haben könnte, um die soeben von US-Präsident Reagan geäußerte Fehleinschätzung zu korrigieren, die Bonner Kundgebung vom 10. Oktober und die vielen anderen Bekundungen des Friedenswillens der Europäer - beileibe nicht nur der Deutschen - seien Resultat einer "sowjetischen Langzeitpropaganda". Die Antwort ist schlicht: Nichts. Nach allen Äußerungen Kohls in Amerika zu schließen, hat er Reagan in seiner unrichtigen Auffassung eher noch bestärkt.

Dabei ist eine andere Frage, daß die sowjetische Führung die sich in Westeuropa neu manifestierende Friedenssehnsucht als für ihre Ziele und Zwecke hilfreich ansehen könnte. Das wäre freilich genauso ein Irrtum, wie es Reagans heutige Motivanalyse ist. Der SPD-Vorsitzende und der Bundeskanzler haben dies dem sowjetischen Parteichef auch sehr klar zu verstehen gegeben. Ebenso wäre es wichtig gewesen, wenn Kohl jetzt in Washington, statt seinem "allgemeinen Gefühl der Übereinstimmung in praktisch allen Fragen", ungebremsten Lauf zu lassen, darauf aufmerksam gemacht hätte, daß beispielsweise Erwägungen über einen auf Europa zu begrenzenden "Schlagabtausch mit taktischen Waffen" alles andere als eine Beruhigung für die Europäer darstellen, die danach mit neuem Nachdruck auf die Beachtung ihrer Lebensinteressen im bevorstehenden Dialog der beiden nuklearen Weltmächte hinweisen müssen.

Aber zurück zu Helmut Kohls Position in der Opposition: Dessen mangelndes Einfühlungsvermögen in die Friedensdiskussion im Lande ist ja nur die eine Seite der Kritik, die nun gegen ihn zum Ausdruck kommt. Die andere besagt, daß der Oppositionsführer die CDU/CSU um den Preis einer vordergründigen Geschlossenheit politisch konturenlos hat werden lassen. Die Haushaltsdiskussion, die der Bonner Oppositionsfraktion mangels klarer Sachaussage faktisch von den CDU/CSU-Ministerpräsidenten aus der Hand genommen wurde, ist dafür ein Beispiel.

Die wenigsten Probleme hat Kohl deshalb mit Strauß und der CSU. Sie sind dabei, das politische Vakuum, das der CDU-Vorsitzende auf Oppositionsseite in Bonn entstehen ließ, kräftig aufzufüllen. Das gilt für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso wie für die Außenpolitik. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß die CSU nicht nur die "Volksfront"-Vorlage Kohls sofort aufnahm, sondern auch noch mit entspannungsfeindlichen Tönen ("Eindämmungspolitik" gegen die Sowjetunion) aufheizte.

Der Widerstand, der sich dagegen jetzt von seiten der Jungen Union, Geißlers und - auf außenpolitischem Feld - auch Biedenkopfs anmeldet, klingt vergleichsweise dünn. Nur eines macht er deutlich, nämlich: Die Führungsschwäche Helmut Kohls, die die CDU/CSU jetzt zu schmerzen beginnt, da man die Hoffnungen auf eine Scheidung der sozial-liberalen Ehe wieder einmal hat beerdigen müssen, Folgerichtig hat der Run auf die nächste Kanzlerkandidatur der Union schon wieder begonnen. Stoltenberg ließ auch bei der Jungen Union in Köln schon grüßen.

(-/19.10.1981/hi/ca)

+ + +



Überzeugendes soziales Engagement

Zum 75. Geburtstag von Theo Burauen

Von Günter SamtIebe

Oberbürgermeister von Dortmund und Vorsitzender der Bundes-SGK

Als Theo Burauen 1973 sein Ehrenamt als Oberbürgermeister abgab, trat mit ihm ihm einer der letzten großen Kommunalpolitiker der ersten Stunde in den Ruhestand. Während seiner siebzehnjährigen Amtszeit als Erster Bürgermeister der Stadt Köln, während der vielen Jahre als Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter, hat er eine Popularität erreicht, wie sie für die großen Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Kommunalpolitik nach 1945 kennzeichnend war. Nicht nur seine fröhlich-joyiale Art, auch sein überzeugendes soziales Engagement haben bei den Bürgern der Stadt Köln ein Vertrauen ihm gegenüber entstehen lassen, wie wir es heute nur noch selten zwischen Politikern und Bürgern vorfinden.

Theo Burauen, „der „Urkölnler“ und, wie es heißt, „der kölscheste Oberbürgermeister, den die Domstadt je hatte“, wird heute 75 Jahre alt und ist in diesem Jahr 55 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zwei Ereignisse, die sozialdemokratische Kommunalpolitiker zum Anlaß nehmen, ihm sehr herzlich zu gratulieren. Wir wünschen ihm noch lange Gesundheit und Schaffenskraft; denn die sozialdemokratische Kommunalpolitik braucht heute mehr denn je den Rat und die Hilfe von Männern wie Theo Burauen.

(-/19.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Sozialdemokrat der ersten Stunde

Zum 70. Geburtstag von Kurt Conrad

Von Oskar Lafontaine

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar, Oberbürgermeister von Saarbrücken

Ein Sozialdemokrat der ersten Stunde. Ein Politiker, der an der Saar sozialdemokratische Tradition im besten Sinne verkörpert, feiert am 19. Oktober seinen 70. Geburtstag: Kurt Conrad, der durch über zwei Jahrzehnte politische Aktivität die sozialdemokratische Politik im jüngsten Bundesland entscheidend mitprägte.

Es waren viele und schwierige Stationen seiner politischen Arbeit - vor allem in den Nachkriegsjahren -, bei denen er sich als verlässlicher Sachwalter sozialdemokratischer Belange erwies. Stets hat er die eigene Person hinter der jeweiligen Aufgabe zurücktreten lassen und sich eine wache Sensibilität für die Interessen der saarländischen Bevölkerung bewahrt.

Kurt Conrad, jahrelang in der Doppelfunktion als Partei- und Fraktionschef, Parteimitglied seit 1929 und bereits vor dem Krieg in der Arbeiterbewegung aktiv, ging 1946 nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft tatkräftig an den Wiederaufbau der Partei im von Deutschland abgetrennten Saarland. 1952 war er einer der Initiatoren zur Gründung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar. Von diesem Zeitpunkt bis zur Volksabstimmung 1955 vollzog sich seine politische Tätigkeit weitgehend in der Illegalität.

In der Anfang 1956 gebildeten Landesregierung bekleidete Kurt Conrad das Amt des Arbeits- und Sozialministers. Nach einer kurzen Zwischenperiode als Bundestagsabgeordneter wurde er saarländischer Innenminister. In beiden Regierungsfunktionen, die er bis Anfang 1961 ausübte, hatte der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes - in diese politische Verantwortung war er 1955 berufen worden - Gelegenheit, die Rückgliederung der Saar zur Bundesrepublik erleichtern zu helfen. In dieser für das Saarland schwierigen Zeit zollten selbst seine politischen Gegner der auf Ausgleich bedachten Politik Kurt Conrads Respekt.

Nach 1961 fiel Kurt Conrad die Rolle des Oppositionsführers zu. Zugleich wurde er auch von der Partei immer aufs Neue in das Amt des Parteivorsitzenden berufen. Im Parlament gewann Kurt Conrad den Ruf eines Politikers, der stets von der Sache her diskutierte und dem die Diffamierung des politischen Gegners fernlag. Er war kein Mann der lauten Worte. Seine Devise war es, den politischen Gegner mit Sachargumenten zu überzeugen und nicht mit billiger Polemik. Heftig und aggressiv konnte Conrad nur reagieren, wenn er spürte, daß aus parteitaktischen Erwägungen gegen die Interessen der saarländischen Bevölkerung gehandelt werden sollte.

Wenn die Saar-SPD sich heute als stärkste Fraktion im Landesparlament präsentieren kann, so ist dies sicherlich auch ein Verdienst von Kurt Conrad. Die saarländischen Sozialdemokraten sind stolz auf ihn. Die guten Wünsche seiner Freunde gelten vor allem seinem gesundheitlichen Wohlergehen.  
(-/19.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) hat anlässlich der Eröffnung des Dokumentenhauses auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Neuengamme folgende Ansprache gehalten, die wir in Auszügen dokumentieren.

Neuengamme - ein Ort der Mahnung und der Hoffnung

-----

Wer das Grauen am eigenen Leibe erfahren mußte an diesem Ort, dessen Stille heute nichts ahnen läßt vom Terror und von der Angst, die ihn einst umgaben, von Brutalität und dem Leid, von mächtigen Knechten und ohnmächtigem Stolz, der wird dennoch dem eben gesungenen Lied von den Moorsoldaten mit Ergriffenheit zugehört haben. Dieses Lied haben Häftlinge des Konzentrationslagers Börgermoor in Ostfriesland 1934 geschaffen. Wer könnte es besser verstehen und nachempfinden als Sie, die Sie die gleiche Verzweiflung hier durchlitten und die gleiche Hoffnung gehegt haben?

Von 1938 bis 1945 stand an dieser Stelle das Konzentrationslager Neuengamme. Es war von der SS als Außenlager des KZ Sachsenhausen errichtet worden. In Sachsenhausen wurde mein Vater 1945 von der SS ermordet. Dieses Dokumentenhaus erinnert nicht nur an die Leiden, sondern soll auch ein grelles Licht auf diejenigen werfen, die hier das unmenschliche Verbrechen organisierten. Das SS-eigene Unternehmen "Deutsche Erd- und Steinwerke" plante hier ein großes Klinkerwerk, das von Häftlingen erbaut und betrieben werden sollte. Im Juni 1940 erhielt Neuengamme als Konzentrationslager eine eigene Verwaltung. Neben deutschen Häftlingen wurden hier Tausende von Menschen aus den von Deutschen besetzten Ländern im Westen, Osten und Norden Europas eingewiesen. Am Ende waren es über 100.000, die durch dieses Lager und seine Außenstellen gegangen waren, 55.000 haben es nicht überlebt. Die meisten Häftlinge kamen aus den besetzten Ländern Europas, aus Polen, aus der Sowjetunion, alles in allem aus über 20 Nationen. Sie arbeiteten in der von ihnen selbst erbauten Ziegelei; sie arbeiteten an verschiedenen Baustellen zur Regulierung der Dove-Elbe, im Wege- und Gleisbau, in Betrieben der Vierlande; sie arbeiteten in Fabriken und an Baustellen in Hamburg, in Bremen, in Hannover und anderen Orten in Norddeutschland; sie arbeiteten in den Rüstungswerkstätten des Lagers und in Rüstungsbetrieben außerhalb.

Neuengamme war das größte Konzentrationslager im Gebiet des damaligen Deutschen Reiches. Neuengamme diente zwar nicht der Massenvernichtung wie Auschwitz. Aber auch hier fand sich Deutschland in einer anderen, wohl ebenso verwerflichen Entartung wieder: Organisierte, menschenverachtende Ausbeutung. Menschen zunächst entrechtet und dann verschlissen wie Maschinenteile. Paul Celans bitteres Wort trifft zu: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland."

Ausgelaugt in langer, harter Arbeit, unzureichend ernährt und gekleidet, starben viele Häftlinge an Schwäche und Krankheit. Sie wurden gedemütigt, mißhandelt und ermordet - mit Gas, mit Spritzen, durch Erhängen und Erschießen, durch Transport in die Vernichtungslager.

Bis in die letzten Kriegstage dauerte der Terror der SS. Bis zuletzt wurden Häftlinge im Bunker des KZ ermordet, noch am 20. April 1945 jüdische Kinder zur Vertuschung medizinischer Experimente zusammen mit ihren Pflegern und sowjetischen Kriegsgefangenen in der Schule am Bullenhusen Damm erhängt. Und als die SS das Lager schließlich räumte, um den Alliierten keine Zeugen und Zeugnisse der Barbarei zu hinterlassen, da starben viele derjenigen, die bis dahin überlebt hatten, auf den "Evakuierungsmärschen". Kurz vor der Befreiung, nur wenige Tage vor dem Ende des Krieges, kamen 7.000 Häftlinge beim Untergang der "Cap Arcona" und der "Thielbek" in der Lübecker Bucht um.

Das alles ist die Chronik des Konzentrationslagers Neuengamme.

Wir gedenken der Opfer in Trauer und Beschämung. Was hat jeder von uns damals getan, um im Anblick des Verbrechens ein Mensch zu bleiben. Ein Bruder, ein Helfer, ein Freund? Was wollten wir nicht wissen, um nicht Mitwisser zu sein. Und wie mutig sind die Älteren, wenigstens heute darüber zu reden?



Das Dokumentenhaus, das wir heute öffnen, will einige Seiten aus dieser Chronik aufschlagen und dem Vergessen entreißen. Die hier ausgestellten Dokumente und Materialien sollen Zeugnis geben vom Leben und Sterben der Häftlinge und von der SS.

Hinter der unüberschaubaren Zahl der Opfer stehen Menschen, Menschen, die gedacht und gefühlt, gelitten und gehofft haben. Ihnen wollen wir so weit wie möglich ihr Gesicht, ihr persönliches Schicksal wiedergeben, das hinter den Häftlingsnummern und den Todesziffern verborgen ist.

Das Dokumentenhaus Neuengamme soll ein Ort der Forschung, der Vermittlung und der Begegnung werden. Die Wissenschaftler, die hier arbeiten, werden der Geschichte des Lagers weiter nachspüren. Sie werden diese Gesofichte so nah und so lebendig wie möglich vermitteln.

Daraus erhellt, was dieses Dokumentenhaus nicht sein soll: Schlußpunkt unter ein Kapitel unserer Geschichte, das wir für beendet und abgeschlossen halten. Wir sind überzeugt, gerade die, die nach uns geboren wurden, müssen wissen: Das Gebäude unseres Staates ist erbaut worden auf Trümmern. Nicht nur auf den Trümmern der Häuser, sondern auf den Trümmern der deutschen bürgerlichen Moral.

Sie, die nach uns kommen, müssen wissen, daß die Freiheit und Geborgenheit, die ihnen unser Gemeinwesen heute gewährt, kein deutscher Zustand war, als wir geboren wurden. Sie müssen wissen, daß die Vergangenheit auch sie einholen würde, wenn sie vergessen.

"Niemand ist frei von der Geschichte, die er geerbt hat", hat Willy Brandt am 8. Mai 1970 im Deutschen Bundestag zum 25. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges gesagt. Wir müssen unsere Geschichte kennen und verstehen, um unsere Gegenwart zu begreifen und unsere Zukunft zu formen.

Es muß uns besorgt machen, daß es noch heute Menschen gibt, die, wenn auch in geringer Zahl, nationalsozialistische Gedanken aufgreifen und verbreiten. Gerade junge Menschen, die nicht in jenem Klima des Hasses, der Intoleranz und der Vorurteile aufgewachsen sind, das die Entstehung solcher Gedanken begreiflich gemacht hätte.

Diese Gedenkstätte soll aufrütteln.

Nur wenn wir die bedrückenden Zeugnisse dieses Konzentrationslagers, dieses Lagers unter vielen, nicht gleichgültig und teilnahmslos aufnehmen, nur wenn wir das Grauen noch spüren, das durch diese Werkstätten, Baracken und Höfe wehte, nur wenn wir den Zynismus der Mörder noch hören können, dann werden wir nicht vergessen:

Der Nationalsozialismus war kein geschichtlicher Unfall. Antisemitismus, haßerfüllter Anti-Kommunismus, Klassen- und Rassenvorurteile waren die Quellen. Diese Quellen sickern noch immer; nicht nur in unserem Land.

Hier sei uns Neuengamme Mahnung, aber auch Hoffnung für eine humanere Geschichte.

(X)

Unsere Stadt hat mit dem Dokumentenhaus, das wir heute früh seiner Bestimmung übergeben haben, ein Gebäude erhalten, das die seit 1965 bestehende Gedenkstätte Neuengamme angemessen und würdig ergänzt. Ergänzt in dem Sinn, daß dort nicht nur, wie bisher, andächtiges Verweilen und stilles Gedenken möglich sind, sondern, nicht weniger wichtig, Gelegenheit zu Aufklärung über und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geschaffen ist. Mit dem Dokumentenhaus wird die Gedenkstätte dazu beitragen können, Erinnerung noch sinnvoller und wirksamer zu machen: Erinnerung als Trauer um die Opfer, als Wissen um das Geschehen und als Wille, neues Leid zu verhindern.

Neuengamme tritt damit in die Reihe der großen deutschen Mahnstätten. Mit dieser Stätte gedenken wir der Opfer des Konzentrationslagers Neuengamme. Wir gedenken gleichzeitig der Opfer von Unrecht und Willkür an anderen Orten Deutschlands und des besetzten Europas. Wir gedenken der Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, die in Deutschland und in vielen anderen Ländern dem Haß, der Verblendung und dem Hochmut der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Wir gedenken ihrer in Trauer, Ehrfurcht und Scham.



Wir Deutschen sind uns gleichzeitig der Verantwortung bewußt, die uns aus dem schmach-lichen Erbe unserer jüngsten Vergangenheit erwächst. Wir haben uns ehrlich und mit gutem Willen bemüht, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat, der Krieg und Gewalt entschieden ablehnt. Ein Staat, der sich sowohl nach innen als auch nach außen um Ausgleich und friedliches Miteinander bemüht. Dieser Staat hat Zeit seines Bestehens bewiesen, daß er willens und fähig ist, den Frieden zu fördern und den Gefahren des Unfriedens zu begegnen. Die Erfahrung unserer Geschichte hat uns aber auch gelehrt, hellhörig und wachsam zu sein gegenüber den Gefahren, die anderen Völkern und Menschen drohen.

Ich denke an Armut und Hunger in vielen Ländern der Dritten Welt. Es ist unsere Pflicht, daran mitzuwirken, sie zu vermindern, damit alle Menschen ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Ich denke an Unrecht und Gewalt, auf die skrupellose Machthaber in vielen Ländern ihre Herrschaft gründen. Es ist unsere Pflicht, sie nicht zu stärken, sondern dafür einzutreten, daß alle Menschen in Freiheit und Demokratie leben können.

Ich denke an die Kriege und Konflikte, die immer wieder in verschiedenen Teilen der Welt auftreten. Es ist unsere Pflicht, sie nicht zu schüren, sondern alle Menschen zu Frieden und guter Nachbarschaft aufzurufen.

Ich denke an den Rüstungswettlauf zwischen den großen Mächten und Machtblöcken. Es ist unsere Pflicht, mit der Stimme des Friedens und der Vernunft die Menschen davor zu warnen, in eine neue Katastrophe zu taumeln, die wahrscheinlich die letzte sein wird.

Mit diesen Worten will ich nicht ablenken von der Schuld, die unser Volk auf sich geladen hat. Ich will damit sagen: Unvernunft, Intoleranz und Haß sind heute so gegenwärtig wie zu allen Zeiten - hier und anderswo. Überall, wo Menschen sind, lauert der schreckliche Abgrund der Barbarei. Überall, wo Menschen sind, finden sich aber auch Vernunft, Toleranz und Liebe.

Wie die Menschen, die in der Hölle der Konzentrationslager nie die Hoffnung auf ein besseres, auf ein menschenwürdiges Dasein aufgegeben haben, dürfen auch wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich in dieser Welt Vernunft, Einsicht und Menschlichkeit schließlich durchsetzen werden.

So schimmert auch in der grauenvollen Dunkelheit von Neuengamme ein kleines Fünkchen Hoffnung.  
(-/19.10.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

